

Verantwortlicher:
Redaktion 32723 - Geschäftsstelle 32722
Postfachkonto: Dresden Nr. 14797

Redaktion und Geschäftsstelle:
Dresden A. 16, Goldschmidtstr. 48

Sächsisch-
Volkszeitung

Verlagspreis: Vierteljährlich 24 M., monatlich 8 M. ... Die
Sächsischen Volkszeitung erscheint täglich ...

Anzeigen: Aufnahme von Werbeanzeigen ...

Tageschau

Im Reichsfinanzministerium fanden Besprechungen mit den
Spezialkommissionen der Beamten über Einführung von
Wirtschaftsbeschlüssen für die Beamten statt.

Der finnische Minister des Innern wurde durch einen
Geistesgeistes erkrankt.

In Island gehen die Märsche weiter. In den Häfen der
letzten 2 Tage wurden 18 Personen getötet, 50 verwundet.

Der Reichskanzler richtete an die Witwe des Abg.
Hauptmann ein längeres Beileidstelegramm.

An Stelle des verstorbenen Abg. Konrad Hauptmann tritt
der Generalsekretär des Verbandes des Deutschen Handwerks
Karl Hermann in Neulingen in den Reichstag.

Der Aufenthalt der Röhder Erbherrin in Budapest
bestätigt sich, doch hat die vorzeitige Veröffentlichung dieser
Tatsache seitens der 'Sächsischen Zeitung' bedeutende Schwierigkeiten
für die Zufuhr der Röhder angeht.

Genf

Zum Beginn der obersteilischen Schlussverhandlungen

Der Schluss einer weltgeschichtlichen Tragödie hebt an.
Nun erst kommt es zur wirklichen Zerkleinerung der
Welt. Erst wird eine politische und politische quer durch das
einheitliche Wirtschaftsgebiet gezogen. Damit werden Hunderttausende
von deutschen Volksgenossen an Polen angeschlossen. Dem Vaterlande
wird ein Lebensnerv durchschnitten. Die traurigen Folgen alles
dieses wird eine nahe Zukunft lehren. Nun wird man erst recht
sehen, was das Wort bedeutet.

Man möchte meinen, daß Deutschland darüber den Atem
erhalten müßte. Wieder einmal ist die öffentliche Meinung mit
ganz anderen Dingen beschäftigt. Wie vor den Schlussverhandlungen
des Völkerbundes im Herbst vorigen Jahres die Aufmerksamkeit
von Genf ablenkt war, so lassen heute andere
Frage das Schicksal Obersteiles in der Presse und in mündlichen
Erörterungen fast völlig in den Hintergrund treten.

Wie die Verhandlungen über das Saargebiet und Ostpreußen
in der Reichsversammlung gezeigt haben, bringt man Obersteiles nicht
das nötige Interesse in der breiten Öffentlichkeit entgegen. Dabei
sind sie doch allgemein bekannt und nicht nur lokaler
Natur. Soll das Ausland daraus den Schluß ziehen, daß wir
nicht mit voller Seele an deutschen Völkern, das bedroht
ist? Es läge nahe und wäre für uns im höchsten Grade
abträglich.

So man denn in jüngerer Stunde versucht werden, auf
einige wichtige Punkte in den Genfer Besprechungen hinzuweisen,
die allgemeiner Beachtung wert sind.

Da ist zunächst der Rinderpestschutz diesseits und jenseits
der neuen Grenze. Er war dem ersten Unterausschuß
überwiesen, der zwölf von der ersten Konferenz im November
1921 eingesetzt worden waren. Sie haben inzwischen in
Obersteiles gearbeitet, zwei davon aber haben dort kein
entsprechendes Ergebnis erzielt und beraten in Genf weiter. Es
wird eine der Hauptaufgaben unserer Unterhändler sein, hier
Leistung und Verantwortlichkeit in das richtige Verhältnis zu
bringen und namentlich die deutschen Rechte auf Grund des
Minoritäten-Schutzvertrages vom 20. Juli 1919 zwischen der Entente
und Polen zu wahren. Viele Vorgänge im Obersteilesgebiet
aus der letzten Zeit zeigen deutlich, wessen sich die Deutschen
dort nach der Übergabe des Landes an die Polen zu versehen
haben werden, wenn sich Verletzungen ihrer Rechte schon jetzt
— also noch unter der Herrschaft der Interalliierten Kommission —
so häufig ereignen können.

Ganz allgemein werden wir fordern müssen, daß für den
Fall der Vertragsverletzung von einer Seite dem anderen Teile
ein Mitspracherecht von dem zu schließenden Wirtschaftsabkommen
zusteht. Es ist das so ziemlich die einzige Waffe, welche
wir gegenüber den Polen noch haben. Ihr bisheriges Verhalten
rechtfertigt die Forderung, daß sie sich an diese Abmachungen
nicht halten. Man erinnere sich nur an die Vorgänge im
Korridor und an die Frage der sogenannten Kriegsverbrecher
nach dem Vertrage vom 14. November 1919. Es kommt nicht
nur darauf an, daß die Polen sich in Genf zu etwas verpflichten,
sondern daß sie auch voll und ganz erfüllen, was sie da
übernehmen. Sie werden das nur, wenn wir ein Druckmittel in der
Hand behalten.

Letzten Endes hängt doch die Industrie im Obersteilesgebiet
mehr von deutschen Wirtschaftskräften ab, als umgekehrt
dieses von ihr. Um lebensfähig zu bleiben, braucht eine
hochentwickelte Industrie nicht nur Rohstoffe und Anlagen,
sondern vor allem ein entsprechendes Absatzland für
unverarbeitete Rohstoffe, ferner stabile Lebens- und Lohnverhältnisse
der Arbeiter, endlich einen genügenden finanziellen Rückhalt an ihrem
eigenen Kapital, zum Beispiel französisches, mit dem
das Obersteilesgebiet schon jetzt überfordert ist, wird sich
möglichst hoch zu verzeichnen suchen, ohne der Wirtschaft des Landes
im übrigen sonderlich zu schaden. Da kann es leicht zu
Kaufbau an polnischen Rationalisierungen kommen. Wenn der
deutsche Teil Obersteiles für jene Produkte nicht aufnahmefähig
bleibt, verliert eine der Kraftquellen des Obersteilesgebietes
sofort. Dies namentlich, so lange anderwärts Bahn- und
Wasserverbindungen dafür nicht geschaffen sind, wie man sie
doch erst in vielen Jahren wird herstellen können.

Wir haben kein Interesse daran, auf der einen Seite die
Polen zu verbessern, auf der anderen die unsere zu
verschlechtern.

Frankreich für Aufschub der Konferenz

Eine Note Frankreichs

London, 14. Februar. Der französische Volkskammer hat in
einer Note an die englische Regierung erneut eine beschleunigte
Antwort auf die Note der französischen Regierung vom 4.
Februar erbeten. In der Note wird erklärt, daß die von England
angelegten Vorbedingungen von Sachverständigen vor der
Konferenz von Genoa erst dann stattfinden könnten, wenn die
nationalen Sachverständigen der einzelnen Länder sich mit den zur
Behandlung liegenden Fragen vertraut gemacht hätten. Gleich-
zeitig wird erneut gefordert, daß die interalliierte Sachverständigen-
konferenz in Paris stattfinden solle, wie dies auch in Cannes
beschlossen sei, wo Seidung als Vorsitzender dieser Konferenz
bestimmt worden sei. An der Forderung der Teilnahme von
Vertretern Bolens, Rumäniens, der Tschechoslowakei und Jugoslawiens
an dieser Besprechung wird ebenfalls festgehalten.

Poincaré wünscht Aufschub

Die 'Oeuvre' mitteilt, hat Poincaré das englische
Auswärtige Amt wissen lassen, daß sein Verlangen, die Genauer
Konferenz um drei Monate zu verschieben, ein Maximum dessen
darstelle, was er als Vorbereitungszeit verlangt habe. Daraus
dürfte geschlossen werden, daß ein Komromiß zustande komme,
und daß die Eröffnung der Konferenz bis Mitte April verschoben
werden würde.

Die kleine Entente für Verschiebung der Konferenz

Paris, 14. Februar. Der 'Matin' meldet aus London:
Eine aus Rom eingetroffene Depesche meldet, daß der tschechische
Gesandte in Rom gestern der italienischen Regierung eine Note
überreicht hat, in der namens der kleinen Entente die Verschiebung
der Konferenz von Genoa um drei Wochen verlangt wird. In
London wird erklärt, daß die Forderungen Frankreichs zu
der kleinen Entente zu gut bekannt seien, so daß man annehme,
dieser Vorstoß der kleinen Entente sei von Frankreich veranlaßt
worden.

Amerika für Frankreichs Verschiebungsantrag

Paris, 14. Februar. Nach einer Washingtoner Meldung
des 'Daily Chronicle' sieht die amerikanische Regierung dem
französischen Vorschlag, die Konferenz von Genoa zu verschieben,
günstig gegenüber, weil Harding's Regierung vorher die sieben
Verträge von der Washingtoner Konferenz in den Parlamenten

beschließen, ohne von deren Neuverhandlungen zu hören, die
eigentlich kaum solche sein würden. Das vertragmäßige
Mitspracherecht würde uns in mancher Hinsicht eine gewisse
Sicherheit gewähren. Deshalb darf darauf nicht verzichtet werden.

Es ist fraglich ob die bevorstehenden Verhandlungen
wirtschaftlicher Art zwischen Deutschland und Polen dazu benutzt
werden können, die weitere, ganz selbstverständliche Forderung
gegen Frankreich durchzusetzen, daß Obersteiles von der
Entente geräumt wird. Auf Grund des Friedensvertrages muß
diese Räumung bald erfolgen. Denn die Abkündigung ist
vorüber, der Versuch erfolgt und nur zu ihrer Sicherung wurde das
Land besetzt. Jeder Versuch, etwa zu Sanktionszwecken weiter
in Obersteiles zu bleiben, wäre ein Verstoß des Friedensvertrages.
Dem entspricht die englische Auffassung. Aber die
französische kann man nach der Besetzung von Dülisdorf, Auferot
und Dülisdorf freilich anderer Meinung sein. Unter Umständen
müssen in Genf versuchen, den Polen gegenüber die
Räumung des Westbundes zur Vertragsbedingung zu machen.
Polen ist dem Friedensvertrage treugetreu und muß deshalb
seinem Anspruch auf die Gewährung voller Souveränität
gegenüber der Entente anerkennen, den Artikel 88 für das
Westbundesgebiet zweifelslos festsetzt.

Die von der Interalliierten Kommission geforderte Frist zur
Anmeldung von Schadensersatzansprüchen aus den polnischen
Aufständen ist am 1. Februar d. J. abgelaufen. Wir
müssen darauf dringen, daß die Entschädigungen von den
Schadensmächten bald und voll gewährt werden. Sie belaufen sich auf Milliarden,
auf welche die unzähligen Geschädigten schmerzhaft warten. Den
Interessierten gegenüber hatte die Entente die Verpflichtung,
den Abstimmungsbescheid zu schicken. Wenn sie dieser nicht
nachkommen ist, muß sie die Folgen tragen. Unmöglich können die
Gemeinden, die bereits unter öffentlichen Kosten zusammengebracht
sind, noch dafür zum Ersatz herangezogen werden, daß bewaffnete
Truppen über die polnische Grenze gekommen sind und dann
im Anlande weiteren Aufstände erzeugt haben, sowie dafür, daß
Abwehr nötig wurde.

Dem Unparteiischen liegt eine doppelte Aufgabe ob.
Einmal hat er dafür zu sorgen, daß das endgültige Abkommen dem
Diktate des Obersten Rates entspricht. Andererseits hat er den
so genannten Selbstschutzbund in freier geliebten Fragen zu
fassen. Bei der Fülle der zu lösenden Probleme ist es leicht
möglich, daß irgend eine Nebenfrage übersehen wurde. Herr
Calonder war in Obersteiles. Man hat dort den Eindruck
genommen, daß er redlich bestrebt sein wird, auf Grund der
eigenen Anschauung gewonnenen Einsicht zu entscheiden, wo eine
Einigung zwischen Deutschland und Polen nicht erzielt werden
konnte. Besser ist es freilich, wenn ein solcher Selbstschutzbund
nicht erst notwendig wird; denn er läßt leicht einen Schabel auf
einer Seite zurück. Was wir jetzt da oben brauchen, ist
Vernunft.

Wir können nicht mit großen Hoffnungen nach Genf
ziehen. Das Unrecht und Unfriede, das durch den Westbundes
der Sieger vom Herbst vorigen Jahres geschaffen ist, kann dort
nicht wieder gut gemacht werden. Einige seiner schlimmsten
Folgen abzuwenden, muß Aufgabe unserer Vollmchtigten sein.
Dabei muß sich die öffentliche Meinung von ganz Deutschland
einmütig hinter sie stellen und die Presse muß ihr ihre
Tätigkeit leisten.

durchbringen möchte, bevor sie eine Entscheidung über Genoa
trifft. Da die Wahrscheinlichkeit der Teilnahme Amerikas an
der Konferenz von Genoa mit deren Verschiebung wächst, so
dürfte Lord George dem französischen Verschiebungswunsch
nachgeben.

Noch keine Antwort Englands

London, 15. Februar. Neuer zufolge hat die britische
Regierung noch keinerlei detaillierte Antwort auf die französische
Note über die Konferenz von Genoa überreicht. Die britische
Regierung ist der Ansicht, daß ein Nebenabkommen über Punkte, die
der Aufklärung bedürfen, am ehesten durch Zusammenwirken
britischer Regierungsvertreter, die bereits einige Zeit solche
Frage behandelt haben, mit französischen Vertretern, die in gleicher
Weise tätig waren, erreicht werden könne. Die englische
Regierung hat den Vorschlag gemacht, die französische
Regierung möge Vertreter ernennen, die sich zu diesem Zwecke so
bald wie möglich nach London begeben sollen.

Die englische Auffassung über die französische Antwort

L. II. London, 15. Februar. G.D. Die französische
Antwort auf den englischen Vorschlag, die Experten der fünf
Großmächte, wie sie in Cannes vorgesehen waren, zur
Beratung der auf der Konferenz von Genoa stehenden Probleme
zusammenzusetzen zu lassen, hat den Gegenstand zwischen Paris
und London aufs neue verwickelt. Die französischen Gegenansprüche
lassen keinen Zweifel, daß die französische Regierung, nach
dem ihre erste Offensive gescheitert ist, nunmehr die
Sachverständigenkonferenz so zusammensetzen möchte, um die
Verhandlungen auf ein gemeinsames alliiertes Programm für die
Konferenz von Genoa festzulegen. Hier ist man sich entschlossen,
dieses Manöver unter keinen Umständen zuzulassen. Aus dem
gleichen Grunde möchte man die Arrangements zur vorbereitenden
Sachverständigenkonferenz die kleine Entente und Polen
herausziehen, unbedingt ablehnen. Man ist hier nämlich der
Auffassung, daß der Vorschlag einer technischen Vorbereitung sich zu
einer interalliierten Konferenz amenden und so im
wesentlichen einen Gegenstand zu den Arbeiten an der Konferenz von
Genoa betrieblen Rädern schaffen würde. Dem gegenüber steht die
englische Regierung auf dem Standpunkte, daß die Beratungen
über den Westbundesaufbau Europas nur dann zu einem
preiswürdigen Ergebnis gelangen können, wenn die Diskussionen in voller
Freiheit und Unabhängigkeit stattfinden.

Von der Kabinettskrise

Besprechung der Parteiführer beim Reichskanzler

Am Dienstag vormittag fand eine Besprechung der
Parteiführer beim Reichskanzler Dr. Wirth statt. Auch die
Deutsche Volkspartei war durch die Abg. Dr. Stresemann und Dr.
Kempkes vertreten. Wir geben nicht in der Annahme frei,
daß es sich bei dieser Besprechung um die augenblickliche
Krise handelt. Wie wir hören, soll am Mittwoch vormittag um 10
Uhr nochmals eine Aussprache beim Reichskanzler stattfinden.

Der Schlüssel der Kabinettskrise

Von besonderer Seite gehen uns zur gegenwärtigen
Kabinettskrise folgende Ausführungen zu:

Wenn diese Seiten der deutschen Öffentlichkeit zugehen
und dort an der Urteilsbildung mitwirken können, die so
unbedingt notwendig ist, ist sicherlich die Entscheidung über das
Kabinett Dr. Wirth schon gefallen.

In Zeiten so starker politischer Geshüttelungen findet man
sehr oft einen zu starken Mangel an ruhiger Denkart. Es
überlagern sich die Vorgänge, keine geschieht und schafft sich
neue Situationen.

Aber gerade wegen der schnellen Entwicklung, die
erfahrungsgemäß eintritt, ist die absolute Orientierung der
Öffentlichkeit notwendig. Und hierbei muß zunächst gesagt
werden: Der wahre Grund zur Kabinettskrise ist verleihe
Gefühl. Jeder gemäßigten Politiker steht einer Erweiterung der bis
jetzt arbeitenden Regierungskoalition zu. Eine Erweiterung ist aber
unthinkable, wenn die Deutsche Volkspartei in die Regierung
eintritt. Diese Frage ist sehr oft schon besprochen worden. Die
Erweiterung der Regierung ist aber unterblieben, weil keine
Verständigung zwischen den beiden Parteien dieser
Koalition möglich war, weil Reichstagsparteien und
Volksparteier sich nicht auf einer Regierungsbasis finden konnten. Man
kann aus den Volksparteiern den Eintritt ins Kabinett ableiten,
was den Austritt der Reichstagsparteien zur Folge hätte.
Damit würde man also lediglich den Ort der Opposition
verändern. Die Sozialisten aller Schattierungen wären
plötzlich zusammengedrängt zu einer harten Einheitsfront, mit der
sie noch viel stärker Oppositionspolitik treiben könnten als heute
die Volkspartei. Man möchte also den Eintritt der Volkspartei
recht teuer erkaufen, ohne einen wirklich wertvollen
Zuschuß einzubringen.

Es wird stets ein Mangel sein und bleiben, die
bedauerlichen zehn Parteien des Reichstages einzuermöglichen
so zu Verhandlungen zu bringen, daß eine gut
gestaltete Regierung entstehen kann. In dieser
Lage liegt der Schlüssel der gegenwärtigen
Krise. Es ist diese Tatsache aber auch der Schlüssel
für die künftigen Krisen. Es gibt keine andere
Möglichkeit der Führung der Regierungsgeschäfte als die,
aus den verschiedenen
verlaufenden Linien der einzelnen Parteien eine
wirksame Mittellinie herauszufinden, die zwar den
Extremen auf der
Rechten und der Linken nicht zugehen kann, mit der
sie sich aber abfinden müssen. Jetzt, in der
augenblicklichen Krise, erhebt
man überall den Ruf nach dem starken Mann.

ein: Wolm
Berz durch
Mielm
ogengolteru
Seite 4
Weltree
geitung
Eingen;
und Ver-
rednen.
a wir mit-
deburg,
die den
Ausfüh-ung
Herarben-
ordendend.
schiden eine
rel. Feuer,
dantenn.
el
Mützen,
Lorshül-
me, Lus-
), sowie
uner-
rosso-
achf.
1. Etage.
aden.
kel-
ungspulver,
an usw.
Versand.
den A.,
Annenstr.
Alpkar-
barte
ke
Preis
in Str. 4
ul-
rhann
utsalz
pohken
erprobt
s, siche-
starmut,
, mangel-
id. Unter-
er Kinder.
nd.
L. 18.,
nd. 843
leinherst,
ratorium
moserstr. 3.
spiz
i. Dornen.
Fanat 12635
ie
isen:
ten
igde
Platin-
lanfond
en - A.
no 20, l.
ichon-
stos
4317
4 Uhr
otion
u thom!

Der starke Mann ist aber nur dann denkbar, wenn er sich auf die großen Parteien stützen kann, die nicht extrem orientiert sind. Keine eine Koalition von den Unabhängigen bis zu den Volksparteiern zustande, wäre sie überhaupt denkbar als Verbindung der Namen Dr. Weitzel, Dr. Petersen, Dr. Heim, Dr. Marx, Dr. Stresemann im Verein mit Scheidemann, so würde sie es vermögen, eine Regierung stark zu machen und damit den Reichsführer. Wenn man heute Dr. Weitzel befreit, so hat man einen kleinen End voll Agitationsstoff gewonnen; man hat aber gleichzeitig eine der größten außenpolitischen Ungeschicklichkeiten begangen. Ob Herzog oder Stresemann, ob Weitzel oder Adolf Hoffmann Reichsführer wird, ist nebensächlich, wenn es nicht gelingt, die Einheit der politischen Parteien herbei zu verleiern, daß man an die Stelle des nun lange genug bewiesenen Scheiterns endlich einmal die Tat des Vertrauens setzt.

Vertretern und Achtung sind die Fundamente, auf denen allein nur eine Regierung in Deutschland stehen kann. Dazu gehört aber auch politische Einheit. Ist es nicht eine Ironie, daß gerade die Parteien, die nach dem starken Mann so laut schrien, alles Erdenkliche tun, damit ja keine Regierung wirklich stark werden kann?

Die Entscheidung mag so oder so fallen: Den Ruf nach dem starken Mann hören wir! Wir erheben selbst die Forderung! Das heißt aber nicht, daß damit unsere politische Aufgabe erledigt ist. Nein, dann fängt sie erst an. Und sie findet ihr Ende erst dann, wenn über kleinlicher parteipolitischer Eitelkeit und feindsüchtiger Eifersucht nach einem sogenannten „greifbaren Erfolg“ wenigstens einmal 60 Prozent der Parlamentariermitglieder den Weg zur gemeinsamen Tat finden.

Der starke Mann, nach dem das Volk sich sehnt, der kann heute schon da sein! Gibt dem das Vertrauen aller und stellt die kleinen Parteien etwas hinter, der es verdient. Warum soll er nicht Dr. Weitzel heißen?

### Die Mutigen

Gegen nicht weniger als vier Mißtrauensanträge hatte die Regierung Weitzel und insbesondere der Reichsführer anzukämpfen. Der Mißtrauensantrag der Kommunisten wie der Deutschen Nationalen richtete sich gleichermaßen gegen die Regierung als solche. Das Schauspiel ist ja nachherde jetzt zur Gewohnheit geworden, daß sich die äußerste Rechte und die äußerste Linke, wenn auch aus verschiedenen Motiven, immer gegenseitig in die Hand arbeiten. Die Unabhängigen machen schon eine Einschränkung, indem sie nicht gerade die Regierung mit ihrem Mißtrauen treffen und eventuell stützen wollen, sondern bestimmte Maßnahmen dieser Regierung im Verlauf der Beamtenliste mit ihrem Vornamen belegen. Das Mißtrauensvotum der Deutschen Volkspartei aber richtete sich nicht gegen die Regierung Weitzel, sondern gegen den Kanzler Weitzel. Es ist eine ausgesprochene persönliche Kampfanzeige. Dieser Antrag ist einmal die Art, wie der Reichsführer die Verantwortung des Reichspräsidenten annahm, dann die Methode seiner Verhandlungen und dann schließlich die Disziplinierung, durch die, wie der Antrag sagt, die Staatsautorität gefährdet und die pflichttreuen Beamten vertrieben wurden. Daher sprechen sie offiziell dem Kanzler als solchem in Person das Mißtrauen aus.

Dieser Vorgang offenbart wieder einmal mit einer geradezu niederschmetternden Deutlichkeit, wie sich gewisse Kreise die Politik vorstellen. Die Volksparteiler hatten nicht den Mut, einen Mißtrauensantrag einzubringen, der der Regierung den Garaus gemacht hätte. Sie wagten es daher auch nicht, für den deutschen Nationalen Antrag, der ganze Arbeit gemacht haben würde, sich einzusetzen. Daher dieser häßliche, kleinliche, persönliche Kampf, diese Abwehrpolitik, die dem Kanzler als solchem ein Bein stellen soll.

Wenn man aber die Vorgänge hinter den Kulissen kennt, weiß man nur zu gut, daß dieser Eifer nicht nur dem Kanzler, sondern auch verschiedenen Ministern, vor allem Mathenau, dann auch Günther und auch Gieseler, ja sogar bestimmten Staatssekretären gilt! Wir hätten einmal die langen Gesichter der Deutschen Volkspartei sehen mögen, wenn ihr Antrag wirklich angenommen und sie somit in die Lage versetzt worden wären, das Erbe dieser Regierung anzutreten. Die vollendete Verantwortunglosigkeit triumphiert leider nun einmal über das nationale und politische Pflichtgefühl. Wenn es richtig nach parlamentarischen Dingen zugetrieben, müssen die die Regierung stützenden Parteien auch die Nachfolge übernehmen. So hatte sich das grösste Bild ergeben können, daß die Deutschen Nationalen

mit den Kommunisten diese Regierung zur Tat hätten werden lassen und die Deutsche Volkspartei erweist sich als Helfershelfer! Die letzten Folgerungen freilich haben diese Parteien doch nicht gezogen in dem sicheren Bewußtsein, daß die anderen Parteien schon vernünftig genug sind, um diesen Streich zu parieren!

### Deutscher Reichstag

Berlin, 16. Februar.

Die Sitzung eröffnete Präsident Weitzel mit einem Nachruf für den verstorbenen Abg. Hausmann und dankte dem Vizepräsidenten Richter, der an der Fülle Hausmanns im Namen des Reichstages einen Kranz niedergelegt hatte.

Abg. Wulle (D.N.) erinnerte an die Not der Volksgenossen, denen die Einreise nach Deutschland unmöglich gemacht werde, während einige hunderttausend lästige Ausländer in Deutschland Wohnung gefunden haben.

Abg. Dr. Straßmann (D.N.) verwies auf eine Zeitungsanzeige, wonach eine Hamburger Firma wöchentlich 5-6000 Strick für die Herstellung von Eiserknäueln, den Luxusartikel für Edeleuten, suche, während dieses so notwendige Volksernährungsmittel anderweitig verwendet werden müßte.

Es wurde die 2. Lesung des Reichsmietengesetzes vorgenommen. Durch diese Vorlage wird der Begriff der geschäftlichen Miete eingeführt. Bei Berechnung dieser wird von der Friedensmiete in dem Stande vom 1. Juli 1914 ausgegangen. Der in der Friedensmiete für Betriebs- und Instandhaltungskosten enthaltene Betrag ist abzuziehen. Das gleiche gilt für Vergütungen, die für die Heizstoffe für Sammelheizung oder Warmwasserversorgung usw. zu zahlen sind. Die Oberlandesbehörden hat für die abzurechnenden Vertragsgegenstände festzusetzen. Der sich nach Abzug dieser Prozentanteile ergebende Betrag bildet die Grundmiete. Bei Streitigkeiten entscheidet das Mietungesamt. Bei Punkten, deren Festsetzung in der Zeit vom 1. Juli 1914 bis 30. Juni 1918 erfolgt war, hat das Mietungesamt die Friedensmiete in der Höhe festzusetzen, die den gegen die Friedenszeit erhöhten Kosten entspricht. In der Grundmiete treten Zuschläge für die Erhebung der Zinsen ein in der Fortkriegszeit vorhandenen Belastung des damaligen Grundstückwertes, soweit die Belastung in dem Bezirk, für den der Zuschlag festgesetzt wird, allgemein üblich war und ferner treten die Kosten für die Erneuerung dieser Belastung hinzu, so daß die Betriebskosten und die Kosten für laufende Instandhaltungsarbeiten. Die Betriebskosten sind nach dem Gesetz für das Haus zu entrichtende Steuern, öffentliche Abgaben, Versicherungsbeiträge, die Kosten für eigene und fremde Verwaltungstätigkeit usw. Als laufende Instandhaltungsarbeiten sollen: die vollständige Erneuerung der Dachrinne und Ablaufrohre, das Umbauen des Daches, der Wapp- oder Anstrich des Hauses im Inneren, der Reparatur im Innern, die Erneuerung der Heizanlagen. Zur Erhaltung der Mittel für große Instandhaltungsarbeiten ist von den Mietern ein weiterer Betrag von einem Hundertstel der Grundmiete zu zahlen, der von der obersten Landesbehörde festzusetzen ist. Die Kosten der Heizstoffe für Sammelheizung und Warmwasserversorgung sind getrennt von der geschäftlichen Miete zu berechnen. Ein Antrag Herzog (D.N.) fordert Ablehnung des ganzen Gesetzesentwurfes.

Ein Regierungsvertreter erklärte darauf noch, daß die Vorlage die Mietbildung den wirtschaftlichen Verhältnissen des Hausbesitzes anpassen wolle, ohne die Mieter allzusehr zu schädigen. Auf der einen Seite werde völlige Zwangswirtschaft verlangt, auf der anderen volle Freiheit. Das Gesetz verfolge einen Mittelweg zu gehen. Der Entwurf wolle die Unbilligkeit der Mietungesamtsentscheidungen beseitigen und eine einheitliche Regelung schaffen. Er wolle ferner auch der Lastfrage abhelfen, daß vielerorts die Mieter zu niedrig gehalten werden, daß Reparaturen unmöglich sind. Daher müßten auch Sicherungsmaßnahmen getroffen werden. Die Mieter müßten ein Mißbehaltungsrecht erhalten.

Abg. Silber Schmidt (Zog.): Es sei falsch, zu sagen, dieses Gesetz bedeute die Sozialisierung des Wohnungswesens. Es scheine ein Ausbau der Mieterrechte notwendig.

Abg. Günther (D.N.) gibt im Namen seiner Partei die Erklärung ab, daß sie sich mit dem Entwurf nicht einverstanden erkläre, da er viel zu schematisch sei.

Abg. Schlaak (Zentr.): Dies Gesetz ist ein Gesetz volkswirtschaftlichen Zwanges, das uns die Not auferlegt, es kann nicht für oder gegen einen Stand gemacht sein. Das Verfügungsrecht des Hausbesitzers wird freilich einer gewissen Be-

schränkung unterworfen. Einen großen Verwaltungsapparat leihen auch wir ab und nehmen im Interesse der deutschen Volkswirtschaft das Gesetz an.

Abg. Weitzel (D.N.): Ohne Annahme unserer Änderungsanträge ist das Gesetz unannehmbar. Die Hausbesitzer an Ausländer nehmen rapid zu, ganze Häuserblöcke in Berlin sind in die Hände spanischer Käufer übergegangen. Das Gesetz führe zu einer Bureaucratisierung.

Abg. Kühnt (Zog.) befürwortet Sozialisierung der Wohnungen, die kapitalistische Profitgier sei am Wohnungsbau schuld.

Das Haus verlegt sich auf Mittwoch nachmittag 2 Uhr.

### Aus dem Ausland

#### Eröffnung der deutsch-polnischen Konferenz

Genf, 15. Februar. Die deutsch-polnische Konferenz nahm gestern nachmittag gegen 6 Uhr nach feierlicher Ansprache des Präsidenten Colander ihren Anfang, worauf die Bevollmächtigten Deutschlands und Polens dankten. Eine erste Arbeitssitzung des 11. Ausschusses (Wirtschaftsfragen) war vorausgegangen, in der der Präsident des Völkerbundsekretariats einen ausführlichen Entwurf, in dem das Minderheitenproblem in Hinblick auf Sprache, Schule und Eltern in seinen Einzelheiten behandelt wurde, vorlegte.

#### Frankreichs schwindender Einfluß im fernen Osten

Der Bischof de Guébriant der französischen Präferenzpartei, der seit 22 Jahren in China lebt und die dortigen Verhältnisse aus langjähriger Anschauung kennt, hat sich anlässlich einer Reise in die Heimat sehr pessimistisch über die Verhältnisse im fernen Osten geäußert. Bischof de Guébriant hat den gewaltigen Aufschwung französischen Einflusses in Sibirien erlebt, jene Zeiten, wo es schien, daß fast ganz Sibirien den Franzosen in den Schoß fallen sollte. Was er über die kommende Katastrophe in China, über einen neuen Weltkrieg im fernen Osten sagt, in den auch Frankreich gezogen werden würde, kann man hier auf sich beruhen lassen. Von Bedeutung aber ist, was der französische Bischof von den Aussichten seiner Landsleute in dem Augenblicke hält, wo Deutschland sich anschickt, die durch den Krieg erschütterten und verarmten Nationen wieder zu gewinnen. So sagte der Bischof: Die Chinesen hielten uns Franzosen seit vielen Jahren für ein im Verfall begriffenes Volk. Und weiter: Die deutsche Propaganda bemüht sich seit langem, uns zu schlagen, und sie hat wunderbare Erfolge aufzuweisen. Während des ganzen Krieges hat man in Sibirien an unsere Niederlage gedacht; nach dem Waffenstillstand hat man sich mit den Tatsachen nicht abfinden wollen. Verständlicherweise sieht Bischof Guébriant einen Teil der Schuld daran den Verbündeten Frankreich zu: „In englischer Sprache geschrieben: Wir haben uns in einer neuen Schackel, deren Opfer wir geworden sind.“ Frankreich wird infolge ihrer Zerstückelung in China nicht als Sieger angesehen, sondern als Land, das von seinen Bundesgenossen vor dem fernen Osten getrieben worden ist. Der Einfluß Frankreichs ist heute verloren, und der sonst verblühende Ast wird es auch bald sein. Alles ist zusammen! Der Bahnmotorenstellung der Kanoue Industrie der China weist der Bischof unter dem Eindruck, den er noch an Ort und Stelle in China gewonnen hat, eine katastrophale Prognose bei. Die Chinesen bereuen es nie, wenn jemand sein Wort bricht, namentlich nicht in Peking. Und wie verlieren nicht nur China, sondern ganz Ostasien. Wir sehen vor einem politischen und moralischen Zusammenbruch, wie wir ihn noch nie erlebt haben.“ Die französische Presse hat es bis jetzt für richtig gehalten, den Mantel des Schweigens über diese Dinge zu breiten.

#### Die englischen Truppen in Irland

London, 15. Februar. Wegen Einsturzes von Gewalttaten in Ulster — mehrere Polizisten wurden überfallen und getötet — wurde der Abtransport der englischen Truppen aus Irland unterbrochen. Gestern kam es in Belfast wieder zu Zusammenstößen, bei denen drei Personen getötet wurden. Auf eine Anfrage im Unterhaus, wie viel Truppen in Ulster nötig seien, erwiderte Minister Churchill, er habe den festen Glauben an den ersten Willen der irischen provisorischen Regierung und glaube, daß die jetzt dort befindlichen Truppen genügen werden, um die Ruhe und Ordnung zu sichern und die Freilassung der eingekerkerten Ulsterleute durchzuführen.

### Das Rosenhaus

Originalroman von Felix Rabor  
(49. Fortsetzung.)

Sie hatte erst tief Atem, ehe sie weiterfuhr: „Auch dich, Onkel, hat man einmal als Mörder bestraft. Doch du bist es nicht! Ein anderer ist der Schurke, der dich hintergangen und betrogen, der deine Waise ermorde und den Verdacht auf dich gelenkt hat. Hier steht der Mörder — Rudolf Wüchling ist sein Name!“

Diese Worte brachten eine furchtbare Wirkung hervor. Thielholt schandete die Taten, in die er gehüllt war, von sich und sprang von seinem Sessel auf. „Imma noch schluchzend am Tische zusammen, Aufseher rang in stummem Jammer die Hände, und Wüchling, gegen den sich die furchtbare Anklage richtete, prallte, wie von einer Faust getroffen, an die Wand zurück, wo er, an allen Wänden bedend, zum Sprunge gedacht, stehen blieb.“

Thielholt hielt ihn fest im Auge, richtete die Mündung seines Gewehres auf seine Brust und legte den Finger an den Abzug. In ohnmächtigem Glimmer sollte Wüchling die Kräfte, Scham quoll aus seinem Munde, und aus seiner leuchtenden Brust kam ein dumpfes, heiseres Stöhnen, das nichts Menschliches hatte, sondern dem heiseren Brüllen einer gereizten Bestie glich.

Hella aber stand hochauferichtet vor ihm wie eine strenge, unerbittliche Richter. Die Erregung, in der sie sich befand, trieb ihr das Blut in die Wangen, die wie Rosen blühten. Sie war so schön und stolzer gewesen als in diesem Augenblicke, wo sie als Siegerin über Haß und Lüge, Mord und Gewalt vor ihren Feinden stand, eine Siegerin des Guten über die finsternen Mächte des Hasses und der Lüge, die bisher hier geherrscht hatten. In ihren Augen lag ein heller Glanz, ihr Gesicht strahlte vor Freude, weil sie der Wahrheit zum Siege verholfen hatte, und viele Freude auch ihren hellen Schimmer über das ganze läche, leuchte Frauenbild.

Thielholt blickte in schmerzlicher Erinnerung auf sie und von seinen Lippen gillerte die bangende Frage: „Hella — was — was hast du da? ... Dieser Mann ... soll meine Frau ermordet haben? ... Aller Welt soll ich es beweisen können, daß ich kein Mörder bin?“

„Nein!“ leuchte Wüchling. „Nein und Verleumdung!“

„Hast du ... Beweise?“ rief Thielholt.

„Hier sind sie,“ sagte Hella und legte die vermissten Blätter ihrer Tante in ihres Onkels Hand. „Erkenntst du diese Schrift?“

Thielholt starrte mit weit geöffneten Augen auf die Schriftzüge. „Wahrhaftig,“ rief er hervor, „das hat meine Frau geschrieben ... Schwidheim ... über 20 000 Mark ... Rudolf ... Wüchling ... Was ... was bedeutet das?“

„Das ist das letzte Blatt, Onkel. Hier — hier!“ Thielholt nahm das Blatt und las mit zitternder, stolzer Stimme:

„Ich bin — meines Lebens — nicht mehr sicher. Wenn man mich ... eines Tages ... tot ... findet, ist Wüchling ... mein Mörder ... Maria Thielholt.“

Wüchling war bei dieser furchtbaren Anklage wie von einem Hammerhiebe zusammengesunken; er sah, daß alles verloren war. Der stolze Mann, den er durch Schuld und Verbrechen errichtet hatte, ging trocken in Trümmer, der Tag, an dem er sein Werk hätte krönen wollen, wurde ihm zum Verhängnis, zum Gerichtstag ... Alles, alles war verloren: die Ehre, die Willen und die Frau! — Nur die Schuld blieb und die größte Angst, die Höcker konnten im nächsten Augenblicke eintreten und ihn schnellem. Er war wie betäubt und konnte keinen vernünftigen Entschluß fassen.

Erst die Stimme Thielholts weckte ihn aus dieser Betäubung.

„Es ist also wahr,“ sagte Thielholt, „daß ich einen Verbrecher in meinem Hause beherbergte, daß ich ihn an meinem Tische willkommen hieß, ihm mein ganzes Vertrauen schenkte, ihn zu meinem Teilhaber machen und ihm sogar meine Tochter ... ah, ich, es ist schrecklich! ... Ich kann es kaum fassen und muß es doch glauben! ... Schurke, Verräter, Mörder! ... Ich habe dich aus dem Stamme gejagt — und wie hast du es mir erlohnt? Betrogen, verrotten hast du mich! Wie willst du diese furchtbare Schuld bezahlen? Redel! ... Nein, schwache Lieber! Die Schuld steht dir wie ein Kainmal auf der Stirn geschrieben ... Aber nun gib es seine Mißthat mehr ... Wüchling, eile ... zum Telegraphenamt ... der Staatsanwalt soll kommen und diesen Mann fassen.“

Seine Stimme ward zu einem unverständlichen Stammeln, seine Hand tastete nach einem Dast.

„Der Staatsanwalt ist bereits verständigt,“ sagte Thielholt. „Die Polizei kann im nächsten Augenblicke hier sein, um den Mörder festzunehmen.“

Wüchling schmeckte empor und stieß ein dumpfes Brüllen aus. „Die Polizei? ... Noch hat sie mich nicht.“

Mit einem wilden Sprunge war er bei der Tür, schenkte Aufseher zur Seite und war draußen, ehe ihn Thielholt daran zu hindern vermochte. „Lassen wir ihn,“ sagte er. „Er wird dem Gericht nicht entkommen.“ Und er stellte das Gewehr in die Ecke, um sich Thielholt zu widmen, der mit einem schluchzenden Laut in seinem Sessel zusammengesunken war. —

#### 18. Kapitel.

Der Wind heulte noch immer um das Burghaus und der Regen klatschte gegen die Scheiben, aber drinnen in dem alten Rau ging es wie ein befreiendes Aufatmen durch die bedrückten Gemüter.

Thielholt erhob sich rasch von der furchtbaren Aufregung, in die ihn Hellas Enthüllung gebracht hatten. Er drückte seinen Richte immer wieder die Hände und rief: „Hella, es ist wunderbar, was du vollbracht hast! Die schwere Last ist von mir genommen, und das Mal der Schande, das mich in den Augen aller zum Mörder machte, ist ausgelöscht. Wie soll ich dir danken?“

„Ehneke mir deine Liebe — und eine Heimat,“ erwiderte Hella voll Innigkeit, „dann bin ich reichlich belohnt.“

„Ja, ja,“ versicherte er ihr, „beides sollst du haben. Welche bei mir, sei auch fernherin der gute Geist dieses Hauses, und vergesse mir, wenn ich zuweilen hart und ungerecht gegen dich gewesen bin.“

„Es ist alles vergeben und vergessen, lieber Onkel,“ sagte Hella mit bewegter Stimme und drückte ihre Wangen an seine Stirn. „Mit diesem Stusse läche ich den alten Haß — nun soll die Liebe einziehen ins Rosenhaus! Die Liebe und der Friede — dann werden uns allen die Rosen wieder blühen.“

„Darauf müssen wir ankochen,“ rief Thielholt, der mit einem Schusse ein anderer Mensch geworden zu sein schien. „Imma, fülle die Gläser! ... Auch du bist Hella zu Dank verpflichtet. Laß darum deinen Trost und sei freundlich zu ihr. Komm, stoß an: auf daß die Rosen wieder blühen!“

Die Gläser klangen zusammen, wider die Wände der Decken und durch das Rosenhaus ging es wie ein froher, freundlicher Hauch, der neues Leben und eine neue, schöne Zeit verübte, eine Zeit, in der die Liebe zur Herrscherin erhoben wurde. Während Thielholt die Aufzeichnungen seiner Waise las, schmeckte sich Imma vertraulich an Hella. „Bist du mir sehr böse?“ fragte sie halb in Trost und halb in Neue.

„Warum sollte ich dir böse sein?“

„Ich war doch immer so garstig zu dir,“ gestand Imma.

„Ich bin überhaupt ein abscheulich-wildes Ding.“

Diese Selbstkenntnis ehrt dich, Imma. Und wenn du auf diesem Wege der Besserung weiterstrebst, wird mit der Zeit aus der wilden Hummel ein recht liebes, emsiges Ammen, ja?“

„Du Gute,“ rief Imma und schob den Arm um sie. „Ich möchte werden wie du — so froh und fein. Sei du meine Lehrerin, zeige mir, wie ich sein muß, daß ich deine Zufriedenheit verdiene — willst du?“

„Gern, Imma. Wir wollen alles Häßliche vergessen und uns so recht von Herzen lieb haben.“

„Ach ja, das wollen wir! Ich habe dich auch mächtig lieb, du strenge, schöne Burghausin. Sieh, als Papa vorhin von einer Deirat mit Wüchling sprach, da bin ich zu Tode erschrocken. Ich habe ja nie an so etwas gedacht, denn ich liebe diesen Menschen nicht. Aber Papa hätte seinen Willen durchgesetzt, dafür konnte ich ihn. Er duldet keinen Widerspruch. Es wäre ärgerlich gewesen, einen Mörder zum Gatten zu haben, den Mörder meiner Mutter! Ich wäre gestorben vor Jammer und Schand — und vor diesem traurigen Schicksal hast du mich bewahrt. Ich danke dir, Hella, auf den Knien danke ich dir.“

Sie wollte sich auf die Knie werfen, aber Hella zog sie in ihren Armen auf und zog sie an ihre Brust. „Nun ist ja alles out,“ sagte sie, „du kannst zum Gatten wählen, wenn du magst. Vorausgesetzt, daß dein Herz noch frei ist.“

Immas Wangen lächelten sich mit hellem Rot und sie warf rasch einen Blick auf Thielholt hinüber, der leise mit ihrem Vater sprach. Hella bemerkte diesen Blick und schloß einen Stich in ihrer Brust. „Also doch!“ dachte sie. „Sie sind schon einig. Da ist es Zeit, daß ich mich zurückziehe.“ (Fortsetzung folgt)

Deutsches Reich

Aus dem preussischen Landtag

Die Pause von 8 Tagen, die der Landtag zur besseren Bewältigung der Kommissionsberatungen eingelegt hatte, war durch den Streik um das Doppelte verlängert worden. Nach dieser ungewollten langen Ruhe begann der preussische Landtag am Dienstag wieder mit seinen Vollsitzungen. Die Spuren des Streiks waren nur insoweit bemerkbar, als am Schluß der Tagesordnung ein Antrag der Kommunisten zum Eisenbahnerstreik stand. Der Reichstestart hatte aber diesen Antrag von der Tagesordnung abgesetzt. Das aufdringliche Tun der Kommunisten wurde wieder einmal illustriert durch eine zweite Anfrage von ihrer Seite, was die Regierung mit dem Wähler des spanischen Ministerpräsidenten zu tun gedenke. Bei der ungeklärten Lage dieser Frage war die unbestimmte Antwort der Regierung selbstverständlich. Der wichtigste Punkt der Tagesordnung war die Behandlung der Anfrage betr. die frühere Finanznot der Gemeinden. Zentrum, Demokraten, Sozialdemokraten, als auch Deutschnationale hatten schon vor kurzer oder längerer Zeit über diesen Punkt Anfragen an die Regierung gerichtet. Am Dienstag standen sie alle zur gemeinsamen Beratung. Bei der ersten Beratung über das neue Grundsteuerrecht in den letzten Sitzungen war ja der Finanznot der Gemeinden auch verschiedentlich berührt worden und man hatte von verschiedenen Seiten gewünscht, daß die neue Grundsteuer wenigstens zum Teil den Gemeinden zugewendet werden soll. Bei der Aussprache am Dienstag war eine Bemerkung des sozialistischen Redners Hirsch sehr richtig, als er sagte, in letzter Linie sei für alle Not der verlorenen Krieg verantwortlich und die daraus folgende Weltwirtschaft. Das ist eine Richtigwahrheit, die aber leider von vielen noch nicht recht erfasst worden ist. Den Zentrumsantrag begründet der Abg. Sprenger. Er fordert, daß die preussische Staatsregierung auf die Reichsregierung einwirke, daß bei der Beratung des Grundsteuergesetzes im Reichstag den finanziellen Lebensnotwendigkeiten der Gemeinden Rechnung getragen werden müsse. Er weist darauf hin, wie die Gemeinden infolge des Krieges schwere Aufgaben zu erfüllen hätten und schon erfüllt hätten. Den Gemeinden müsse deshalb die nötigen Mittel bereitgestellt werden; sie dürften dabei aber nicht zu Kollapserscheinungen des Staates werden. Nachdem noch ein Deutschnationaler geredet hatte, der ebenso wie der Zentrumsmann die Ueberweisung an den Hauptausschuß forderte, wurde die Sitzung auf Mittwoch vertagt.

Ein Aufruf der christlichen Gewerkschaften

Das Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften Deutschlands veröffentlicht in seiner letzten Nummer einen Aufruf an die Mitglieder der christlichen Gewerkschaften, der vom gesamten Vorstand und Ausschuss des Gesamtverbandes unterzeichnet ist. In dem Aufrufe heißt es, daß die Zahl der Mitglieder der christlichen Gewerkschaften gegen die Vorkriegszeit um das Dreifache gewachsen ist. Im Deutschen Gewerkschaftsbund sind rund zwei Millionen Arbeiter, Angestellte und Beamte vereinigt. Die Bewegung müsse deshalb mehr sein als ein Organ zur Vertretung und Förderung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse, sie müsse sich ausweiten zu einem starken Träger des Staates, der Wirtschaft und der Kultur des deutschen Volkes. Der Aufruf geht so weit, daß er die gegenwärtigen Aufgaben der christlichen Gewerkschaftsbewegung ein und verlangt, daß zu diesen alle christlichen Gewerkschaften einen Stundenlohn als Sonderbeitrag zur Verfügung stellen. Des weitern teilt der Aufruf mit, daß Eigenwald, der seit Bestehen des Gesamtverbandes an dessen Spitze gestanden hat, in die hauptamtliche Leitung zurückgekehrt ist. Zweck der neuen Kräfte sollen Lehrgänge gewerkschaftlicher Art eingerichtet werden. Der Presse- und Literaturbereich, sowie der Tagesberuf wird durch Einrichtung eines Leitungsorgans erhöhte Aufmerksamkeit zuzuwenden. Die am 1. Januar d. J. geschaffene Deutsche Volkswacht soll mit den Gewerkschaften und Genossenschaften zu einheitlichem Wirken verbunden werden.

An die christlichen Abgeordneten!

Die „Ausburger Volksstimme“ richtet anlässlich der bereits für das Oktoberfest 1922 getroffenen Maßnahmen einen gewarnten Protest gegen die Abhaltung dieses Festes in der heutigen schweren Zeit. Ein solches Fest sei nicht als die Festfeier der Armenhilfe von Seiten des Auslandes durch den profitorientierten einheimischen Kapitalismus. Das Blatt sagt: Wir verlangen Schutz des Volkes vor den großen Vermögens- und unehrerlichen freizeitlebenden Ehedünkeln solcher Volkseigenen unserer Volkstretter, vor allem von unseren christlichen Abgeordneten. Ein offenes Wort, eine entschiedene Mißbilligung zum wenigsten! Aber das wäre zu wenig; es muß von dieser Seite ein scharfer Protest erfolgen gegen die geplante Veranstaltung mit Rücksicht auf die täglich schwerer werdende politische und wirtschaftliche Lage unseres Volkes. Aber auch beim bloßen Protest darf es nicht sein Verweiden stehen. Es muß vor uns stehen der Tat kommen, die die erteilte Genehmigung rückgängig macht. Diese Tat verlangen wir von den christlichen Abgeordneten.

Die katholischen Elternvereinigungen und die katholischen Lehrer

Gelegentlich des Vortrages der württembergischen Zentralkommission hatte der Vorsitzende des Landesauschusses der katholischen Elternvereinigungen Württembergs eine Anzahl von Lehrern, die zur Besprechung verschiedener Punkte im katholischen Wesenlaufe versammelt waren, eingeladen, zur Aufklärung über einige von den Lehrern beanstandete Punkte in der Grundgesetz des Landesauschusses in Nr. 205 des Deutschen Reichsblattes vom 17. November 1921 eine Abordnung in die nächste Sitzung des Landesauschusses zu entsenden. Dieser Einladung hatten die damals versammelten Lehrer Folge geleistet und es waren in der Sitzung des Landesauschusses vom 8. Februar 1922, an der als Mitglied des Landesauschusses auch Bischof Dr. Eppro teilnahm, eine Abordnung jener Lehrer erschienen. Die Punkte 3, 5 und 6 der erwähnten Grundgesetz wurden durchbesprochen und das Ergebnis der Besprechung war folgendes:

1. Einleitend wurde von Seiten des Landesauschusses darauf hingewiesen, daß es sich hier nur um kurz gefasste Programmpunkte handle, die den Zweck haben, Klar zu stellen, welche Anforderungen der Landesauschuss in Uebereinstimmung mit den deutschen Bischöfen an die konfessionelle Volksschule stelle, damit diesen Programmpunkten im kommenden Reichs- und Landesauschuss Rechnung getragen wird.

2. Punkt 3 lautet: „An katholischen Schulen dürfen nur katholische Lehrer angestellt werden, welche nach dem Urteil der Kirche imstande sind, die Kinder im katholischen Geist zu erziehen.“

Damit wird wieder die Anstellung der Lehrer durch die Kirche noch die Annäherung der Kirche vor der Anstellung des einzelnen Lehrers gefordert. Der Landesauschuss sieht vielmehr jeden katholischen Lehrer, dessen Bildungsangabe in Punkt 6 aufzuföhren Anforderungen entspricht, ohne weiteres als geeignet an, katholische Kinder im katholischen Geist zu erziehen. Nur, wenn Tatsachen vorliegen und von der zuständigen staatlichen Behörde als erwiesen betrachtet werden, aus denen sich nach dem Urteil des Bischofs ergibt, daß der betreffende Lehrer nicht geeignet ist, die Kinder im katholischen Geist zu erziehen, soll die staatliche Behörde einen solchen Lehrer nicht an einer katholischen Volksschule anstellen dürfen, so zum Beispiel wird ein Lehrer zurückzuweisen sein, der während seiner Ausbildungszeit die Teilnahme am Religionsunterricht abgelehnt hat.

3. Punkt 5 lautet: „Lehrer an katholischen Schulen, welche grundsätzlicher Gegner der katholischen Religion sind, dürfen nicht angestellt werden.“

die Erteilung des Religionsunterrichtes ablehnen oder während des Unterrichtes oder in der Öffentlichkeit durch Aeußerungen oder Handlungen eine unkatolische Gesinnung bekunden, sind auf Verlangen der Kirche oder der Erziehungsbehörden von der katholischen Schule zu entfernen.“

Dieser Punkt 5 entspricht durchaus dem Punkt 3. Nur wenn Tatsachen festgestellt werden, aus denen sich die grundsätzliche Gegnerschaft gegen die katholische Religion ergibt, oder wenn die Aeußerungen oder Handlungen, aus denen eine unkatolische Gesinnung zu ersehen ist, erwiesen sind, soll die Entfernung des Lehrers nicht vom Dienste überhaupt, sondern nur von der katholischen Schule erfolgen. Zuständig zur Untersuchung und zum Urteil darüber, ob die Tatsachen erwiesen sind, ist ausschließlich die staatliche vorgesetzte Behörde des Lehrers. Aber es ist das unzulässige Recht sowohl der kirchlichen Behörde als auch der Erziehungsbehörden, solche Tatsachen zur Kenntnis der vorgesetzten Dienstbehörde des Lehrers zu bringen und dadurch eine Untersuchung des Falles zu veranlassen. Dies und nichts anderes ist unter den Worten „auf Verlangen“ zu verstehen, und als Beweismittel kommen keine anderen Verfahren üblich und zulässig sind. Eine „unkatolische Gesinnung“ aber liegt nur dann vor, wenn der Lehrer eine Lehre der Kirche leugnet oder gegen eine solche Lehre dauernd und in argwöhnender Weise verfährt.

4. Punkt 6 lautet: „Die Lehrerbildung soll auch in Zukunft so gehalten werden, daß stets geeignete Lehrkräfte für katholische Schulen vorhanden sind. Soweit es notwendig ist, die Eignung der zukünftigen Lehrer für die konfessionelle Schule festzustellen, hat die Kirche das Recht, an der Vorbildung und Prüfung der Lehrer mitzuwirken.“

Der Landesauschuss will hiermit keineswegs der Forderung der Lehrer nach Allgemeinbildung auf höheren Schulen und der Berufsbildung auf der Hochschule entgegenstellen. Dagegen verlangt er wesentliche Sicherheiten, daß die Lehrer, die an katholischen Schulen angestellt werden wollen, sowohl auf den höheren Schulen als auf der Hochschule entsprechend herangebildet werden. Ganz besonders muß Wert darauf gelegt werden, daß den katholischen Lehrern auf der Hochschule aus Gerechtigkeitsgründen Gelegenheit gegeben werden muß, die sogenannten Weltanschauungslehren, Philosophie, Pädagogik, Geschichte im Geiste ihres Bekenntnisses zu hören und daß sie nicht gezwungen werden, diese Lehren von Lehrern entgegenzunehmen, welche die katholische Weltanschauung gar nicht kennen oder sie von vornherein bekämpfen. Auch muß dem Bischof wie bisher das Recht zustehen, bei der Prüfung des Religionsunterrichtes mitzuwirken. Diese gesicherten Sicherheiten sollen nicht ohne Einwirkung mit der kirchlichen Oberbehörde getroffen werden.

Die Verammlung war darüber einig, daß — so verstanden — die drei Punkte keiner Praxisänderung unterliegen können und hofft, daß durch die Veröffentlichung dieser Erklärung Beruhigung unter den Lehrern eintrete. Es kam auch noch zur Sprache, daß die Lehrer fächeln, durch die Einrichtung der Elternvereinigungen soll die pfeifliche Schularbeit auf diesem Umwege wieder eingeführt werden. Seitens des Landesauschusses wurde betont, daß hiervon keine Rede sein kann. Die Elternvereinigungen haben den Zweck, das in Artikel 139, 140 Absatz 2 und 147 Absatz 2 der Reichsverfassung garantierte Recht der Erziehungsbehörden zur Geltung zu bringen und dafür zu sorgen, daß die noch zu erlassenden Reichs- und Landesgesetze dieses Recht nicht verkümmern. In diesem wie in allen anderen die Schule betreffenden Angelegenheiten können und wollen sie mit den Lehrern zusammenwirken; je mehr und je eifriger sich die Lehrer an den Elternvereinigungen beteiligen, desto segensreicher werde das Wirken dieser Vereinigungen sein und desto weniger haben die Lehrer von den Elternvereinigungen zu befürchten haben. Württembergische Beisitzerinnen der Lehrer aber schäme sowohl die große gemeinsame Sache als auch das persönliche wie das Landesinteresse der Lehrer selbst.

Nachrichten aus Sachsen

Verbilligte Lebensmittel

Durch gelegentliche Mitteilungen anderer Herren Vertrauensmänner ergab es sich, daß auch die Landwirte des Erwerbigen Lebensmittel, insbesondere Kartoffeln, zu verbilligten Preisen abgeben können. Wir veröffentlichen hier die und bekannt gewordenen Zahlen und erhalten folgendes Bild: Aus etwa 100 Ostschickeln wird abgegeben an Kartoffeln: monatlich 25.— M., 30.— M., 35.— M. 5076 Htr. 2171 Htr. 7185 Htr. 4743 Htr. im ganzen demnach 17175 Zentner.

Mit besonderer Genugtuung müssen wir feststellen, daß sich auch die kleinen Landwirte der oberen Amtshauptmannschaften unserer Provinz nicht von diesem Hilfswort ausgeschlossen haben, so wurden an Perleberg in der Amtshauptmannschaft Annaberg 400 Zentner, Marienberg 2070 Zentner und Schwarzenberg 1038 Zentner verbilligte Kartoffeln abgegeben. Nicht zu vergessen sind auch die alljährlich des Weihnachtsfestes zur Verfügung gestellten Mengen Rohweins, Butter, Milch und anderer Lebensmittel.

Katholischer Schulpflicht. Der katholische Schulpflichtverein von Kospitz und Umgebung kämpft seit 1919 um Gewährung staatlicher Beihilfe zur Erhaltung seiner Schule. Trotzdem der Kampf bis vor kurzem zu keinem Siege geführt hatte, war es gelungen, die Schule bis jetzt zu erhalten. Verhandlungen mit der Gebietsregierung in jüngster Zeit hatten das Ergebnis gehabt, daß die Gebietsregierung Abtätigung beim Gesamtministerium in Weimar die Gewährung einer Unterstutzung in Höhe von 12000 Mark für unsere Schule beschworerte mit der Begründung, daß unsere katholische Schule mit ihrer großen Kinderzahl eine betrübliche Notwendigkeit sei und man daher die Schule nicht einfach auflösen lassen könne. Die Unterstutzung wurde bewilligt und bereits überwiesen. Es wurde dem Herrn bei den Verhandlungen mit der Gebietsregierung auch kein Zweifel darüber gefaßt und gesagt, wie können die Lehrergehälter nicht mehr aufbringen und bewilligt der Staat die Mittel nicht, so sprechen wir auch vor einem Schulstreik nicht zurück. Dies mag wohl sehr viel zur Bewilligung beigetragen haben, denn vor einem Streik der kleinen Schichten ist die Herrin von Weimar einen heillosen Nihilismus zu haben. Das Bestehen der katholischen Schule wäre also damit bis Oftern gesichert. Am 12. Februar fand im katholischen Vereinssaal Kospitz eine Versammlung der katholischen Schulpflichter statt, in der die für die Zukunft unsere Schule notwendigen Maßnahmen besprochen werden sollten. Von dem Herren Schulze legte der gährliche Besch berebtes Zeugnis ab. Einer Einladung des Schulpflichterbandes folgend waren die Herren Schulze Franke und Seyfarth erschienen. Herr Schulze Franke führte aus, daß die katholischen Schulpflichter bei einer Zahl von 18 Wochenstunden auskömmlich befaßt seien, und daß hier von Oftern an eine Beförderung eintreten müsse. Er rief deshalb zu Verhandlungen mit der Gemeinde Kospitz, damit diese die sachlichen Schulkosten unserer Schule auf ihren Etat übernehme. Sei dies geschehen, dann könne er weiteren Ausbau des bestehenden Systems unter staatlicher Kostenbedeckung beantragen. Eine Erweiterung des Schulsystems (durch Hinzunahme der unteren drei Jahrgänge, die gegenwärtig die evangelische Schule befaßt), sei nach der bestehenden Rechtslage ausgeschlossen. Die Ausführungen des Herrn Schulze fanden im allgemeinen Zustimmung wie dies auch in der lebhaft einsetzenden Debatte zum Ausdruck kam. Herr Kospitz wies im besonderen auf das moralische Recht hin, mit dem die Katholiken von Kospitz die staatliche Unterstutzung und die Gemeinde verlangen könnten und müssen, da sie durch ihren Opfertät während 20 Jahren den Staat und der Gemeinde erhebliche Ausgaben für Neubauten und an Unterstutzungskosten erpart hätten. Der Vorsitzende Herr A. Greger gab die freundliche Mitteilung, daß Se. Gnaden der hochw. Bischof Dr. Schreiber dem Schulpflichterband weitere 5000 Mark zur Einberung der größten

Not überwiesen habe. Freudig wurde hierfür Beifall erteilt. Erwähnt sei noch, daß die ganze Gemeinde der Reputation, welche die Verhandlungen geführt habe, besonders aber dem Hauptlehrer Herrn Ingenieur H. Hoffmann, sowie dem Gesamtvorstand zu großem Danke verpflichtet sind. In unserer Schulpflichter ist somit eine wertvolle Entspannung und Beförderung eingetreten, und wir dürfen hoffen, daß die Erhaltung unserer Schule von Oftern an unter Wahrung unserer vollen Rechte auf eine sichere Grundlage gestellt wird, bis die langsehnte gesetzliche Regelung das gesamte Schulwesen auf eine neue Grundlage stellt.

Leipzig. Der Reichswirtschaftsminister hat eine Bekanntmachung über die Ein- und Wiederausfuhr von Waren für die Frühjahrsmustermesse, die Kasse und die Technische Messe in Leipzig erlassen, nach der die Poststellen ermächtigt werden, die Ein- und Wiederausfuhr von Waren, die zur Ausstellung in Leipzig auf der vom 5.—11. März 1922 stattfindenden Allgemeinen Frühjahrsmustermesse und der vom 5.—14. März 1922 stattfindenden Technischen Messe bestimmt sind, als solche in den Reisepapieren bezeichnet sind, unter der Bedingung ohne Ein- bzw. Ausfuhrbewilligung auszulassen, daß sie unter Postkontrolle auf das Hauptpostamt I in Leipzig abgefertigt werden, während ihres Verbleibs in Deutschland im Vorbermerverfahren unter Postkontrolle bleiben und binnen zwei Monaten nach Schluß der Messen wieder auszuführen werden. Die Wiederausfuhr muß dem Hauptpostamt I in Leipzig gegenüber sichergestellt werden.

Leipzig. Nach einer amtlichen Meldung des Vertreters des südafrikanischen Wirtschaftsministeriums in London wird die Regierung der südafrikanischen Union auf der nächsten Leipziger Messe eine Ausstellung der Rohstoffe, die in der südafrikanischen Union erzeugt werden, veranstalten. Diese Ausstellung umfaßt Wolle, Hute aller Art, Mohre und Kerbholz. Die südafrikanische Regierung hat als Vertreter ihres Wirtschaftsministeriums in Nord- und Mitteleuropa einen Teufschaffner, namens Karl Spitzhaus, ernannt, der die südafrikanischen Interessen auf der Leipziger Messe voranschreitlich wahrnehmen wird.

Außer dem Reichspräsidenten Ebert werden auch der sächsische Ministerpräsident Bud und der bayerische Ministerpräsident Freyher von Lerchenfeld die diesjährige Leipziger Frühjahrsmesse besuchen.

Leipzig. Der Rangierbahnhof Wahren bei Leipzig, der der zweitgrößte Güterbahnhof Deutschlands ist, kann trotz des beanstandeten Streiks immer noch nicht in Betrieb genommen werden, weil eine große Anzahl von Lokomotiven durch den Frost und andere Ursachen schweren Schaden erlitten haben. Es sind dort allein 47 unbrauchbare Maschinen festgestellt.

Dalle a. d. S. Wegen Wuchers und Preistreibern hat der Landbund der Provinz Sachsen Anzeige gegen die Reichsgüterbesitzer beim Landespolizeiamt erstatten lassen. Die Reichsgüterbesitzer kauften angeblich zur Zeit der Zwangswirtschaft Kleie zu 37,50 Mark für den Doppelzentner und verkauften sie jetzt für 330 Mark; sie nimmt also fast 100 Prozent mehr als beim Einkauf.

Sachsen-Ernstthal. Restgenommen wurde in Chemnitz der verheiratete Vater Robert Jung von hier, der mit 35000 M. erkrankten Geldern durchgebrannt war. Das Geld hat Jung in Begleitung einer Aktivistin durchgebracht.

Waldenburg. Das Projekt der Gaszufuhr ab Aidon beschloß die Stadverordneten. Da je Kilometer Leitung 40000 Mark Kosten entstehen, will man zuerst die Reduzier Bedingungen einfordern.

Schneeberg. Anfolge Kohlenmangels mußte die Wägerschule, ebenso eine Anzahl Fabrikbetriebe geschlossen werden.

Brünlos. Die diamantene Hochzeit feierte das Paar Rudolphische Ehepaar.

Oberlungwitz. Von einem Glanzhafter Fabrikanten überfahren und schwer verletzt wurde der 14jährige Sohn des Schmiedemeisters Ernst Feiler.

Aus Dresden

Was uns notat! Vor allem das Eine, nicht unsere Augen zu verschließen vor dem gehenden Gift an unserem verelendeten Volkstörper, für dessen Verdrüßung wir selbst durch unsern verantwortlichen Reichstagen die Schuld tragen — vor der Volkssünde der Geschlechtskrankheiten. Es gab Zeiten, da diese Gefahr nicht so groß war, wie bei der des heutigen Volkes von früher entbehrten heutigen Volksgemeinschaft. Zeiten, da diese Gefahr im wahren bekämpft wurde und man es vermied, in der Öffentlichkeit von ihr zu reden. Aber heute probt und das Uebel über den Kopf zu wachen, wenn die Allgemeinheit nicht erfährt, mit welchem Reinde sie es zu tun hat und daß die Verantwortung für seinen Siegeszug auf ihr Haupt fällt. Deshalb hat das Deutsche Hygienemuseum in Gemeinschaft mit der Deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten es für seine erste Pflicht gehalten, in den Nachkriegsjahren unerschrocken und unermüdet auf diese Gefahr hinzuweisen. Eine Reihe von Ausstellungen, die diesen Gegenstand betreffen, durchziehen das Land und sind von Millionen Deutschen gesehen worden. Nun erhebt wiederum das Deutsche Hygienemuseum in seiner Ausstellung „Am Ringeleis“ am Sonntag den 19. Februar eine neu bearbeitete und vielfach erweiterte Ausstellung, die leider nur bis zum 12. März geöffnet bleiben kann. Hier soll jeder das finden, was ihm die Fragen der Heilertzung, Ausbreitung, Vorbeugung- und Heilungsmöglichkeiten beantwortet. Hier wird mit kindlicher Hand der Finger an eine Wunde gelegt, von deren Gefahr breite Kreise keine Ahnung haben; denn über die Geschlechtskrankheiten herrscht noch immer eine fast ungläubliche Unwissenheit. Es ist auf dem Gebiete so viel zu tun und so viel zu erfahren, daß reichste Auffklärung im Volk und besonders unter der Jugend, die in heute getriebener als früher dem Schicksal des Elternhauses erkrankt, dringend nötig ist. Licht und Aufklärung schaffen, auch in hundertjähriger Vergeßung, heißt einen großen Schritt aufwärts tun zur Heilung unseres Volkes. Denn nur in einem gesunden Körper kann ein gesunder Geist wohnen und dieser allein kann und einmal hinausführen aus den Tiefen unseres heutigen Elends! Familie und Volk zu dienen ist das Leitmotiv dieser Ausstellung!

Schulstuf. Wegen Feigmaterialmangel müssen die städtischen Schulen vom 15. d. Mts. ab auf 14 Tage geschlossen werden. Dafür sollen die Ofterferien auf eine Woche verlängert werden. Den Schülern werden für die Zeit des Unterrichtsfalls angemessene Hausaufgaben gestellt. Die Quäberten sollen aufrecht erhalten werden. Wegen Einrichtung von Kinderkrippen haben an einzelnen geeigneten Schulen mit Ofterhebung werden noch Maßnahmen getroffen, ebenso wegen der Aufnahmeprüfung in den höheren Schulen.

Quäberten Fossender und Wänder Mütter. Die nächste Annahmehaltung findet am 21. und 22. Februar vom 8.—10 Uhr Landhausstraße 7, in der Wäbertenmutterkassette, statt. Zu den städtischen Unkosten sind für Monat März 10 Mark beizutragen. Erfolg im Verberichtigungsfall möglich. In den neu-einmündeten Ofterteilen werden die Annahmen in den zuständigen Müttervereinigungen an den dort festgelegten Stellen bis zum 25. d. Mts. entgegengenommen. Fossende Mütter haben ein vom Akt oder von der Hebamme anerkanntes Zeugnis vorzulegen, das die Heberzeugung der Hälfte der Zeit der Schwangerschaft bestätigt.

Wegen die Eisenbahnerminderungen. Die kommunikativen Abgeordneten haben folgenden Antrag im Landtage einbracht: Die Regierung zu beantragen, bei der Reichsregierung darauf hinzuwirken, daß keine Maßnahmen der Art ergriffen werden, die die Eisenbahner treffen, daß den Beamten ihre berechtigten Forderungen bewilligt, daß keine Beschlüsse für Eisenbahner gefällt werden.

